

Eine Bestandsaufnahme  
vor dem Beitritt

## Die baltischen Staaten sind gerüstet

Andreas von Below

Als Folge des Hitler-Stalin-Paktes verschwanden die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen für mehr als ein halbes Jahrhundert von der Landkarte Europas. Die Annexion durch die Sowjetunion raubte ihnen ihre Identität und alle Möglichkeiten zur selbst bestimmten Entwicklung. Viele Tausend Menschen wurden von den Nazis oder den Sowjets verschleppt, getötet oder mussten ins Exil fliehen. Es gab kaum eine Familie, die nicht zumindest den Verlust eines Angehörigen zu beklagen hatte. Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der baltischen Länder, die vor ihrer Besetzung 1939 auf westeuropäischem Niveau lag, wurde fünf Jahrzehnte lang schwer geschädigt und behindert.

### Der Weg zum EU-Beitritt

Nachdem die baltischen Staaten vor gut zwölf Jahren ihre Unabhängigkeit wiedererlangten, standen sie vor der gigantischen Aufgabe, die politischen, ökonomischen und kulturellen Zerstörungen der langen Periode der sowjetischen Zeit zu überwinden und ihre jeweilige Identität wiederzugewinnen. Neben der Wiederbelebung und Pflege der eignen Sprachen und kulturellen Traditionen war die Anbindung an Europa dabei eine ganz entscheidende Orientierungsmarke.

Schon bald nach der Bildung frei gewählter Regierungen bauten die neuen politischen Führer der drei Staaten vielfältige Kontakte nach Westeuropa auf. Beharrlich strebten sie eine Anbindung

an den Westen an, um sich dadurch von der alles dominierenden Abhängigkeit vom Osten zu lösen. Dabei trieb sie vor allen Dingen die Angst vor den weiterhin möglichen Großmachtansprüchen des übermächtigen Nachbarn Russland. Im Westen suchten und suchen sie Sicherheitsgarantien für ihre junge Unabhängigkeit und die Chancen einer Wirtschaftsgemeinschaft, die einen hohen Lebensstandard und freien Verkehr von Personen, Ideen und Wirtschaftsgütern verspricht.

Im kommenden Jahr werden die drei baltischen Länder offiziell in die NATO und in die EU aufgenommen. Damit wird ein Traum wahr, den nur wenige zu Beginn der neuen Unabhängigkeit wirklich für realisierbar hielten und der auch heute noch viele in Erstaunen versetzt.

Der Weg zur EU-Mitgliedschaft war für die ehemaligen Sowjetrepubliken wahrlich nicht leicht. Es bedurfte einer Vielzahl mutiger und weit blickender Reformen und Entscheidungen, um aus dem desolaten sowjetischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zu einer Staats- und Wirtschaftsordnung zu gelangen, die sich an die westlichen Demokratien anlehnt und dem Wettbewerb mit den westlichen Gesellschaften standhält. Von der Verfassung über die Währung, das Steuersystem, die Rechtsregeln bis zum Bildungs- und Sozialsystem – alles musste erneuert und den Grundregeln einer freiheitlichen Gesellschaft angepasst werden.

Aber auch auf der Seite des Westens bedurfte es weit blickender Politiker, die nicht der Versuchung erlagen, die Westintegration der baltischen Staaten für gute Beziehungen zu Russland aufs Spiel zu setzen. Es waren insbesondere die Staatsmänner aus den nordischen Ländern, die dem Baltikum beistanden. Auch die Regierung Helmut Kohl hat von Deutschland aus in schwierigen Situationen viel Unterstützung und Hilfe geleistet.

### Vorreiter Estland

Vorreiter bei den inneren Reformen war für lange Zeit Estland. Unter der Führung des jungen estnischen Ministerpräsidenten Mart Laar vollzog sich in dem kleinsten der baltischen Länder sehr schnell nach der Unabhängigkeit ein äußerst mutiger Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Eine harte, an die DM gekoppelte Währung wurde eingeführt. Unrentable Betriebe erhielten keine staatlichen Subventionen mehr und mussten ihre Tore schließen. Ein einfaches Steuersystem mit einem niedrigen Steuersatz begünstigte Investoren und lockte Kapital ins Land. Im Rahmen des Freihandelsabkommens mit der EU verzichtete Estland auf Übergangsfristen bei dem Zollabbau und zwang dadurch die estnischen Unternehmen, mit westlichen Waren und Dienstleistungen zu konkurrieren. Der Handel mit den östlichen Partnern – also vornehmlich mit Russland – ging hingegen immer mehr zurück und spielte nur noch eine untergeordnete Rolle. Zudem achtete die Regierung auf strenge Ausgaben disziplin und einen ausgeglichenen Staatshaushalt. All diese Maßnahmen setzten die estnischen Regierungen zum Teil gegen den Widerstand internationaler Fachleute durch – und hatten am Ende Erfolg. Die estnische Wirtschaft hat hohe Wachstumsraten zu verzeichnen, die Inflation ist gering, und es kommen erhebliche Auslandsinvestitionen ins Land.

Diese mutigen und erfolgreichen Schritte beim Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft beeindruckten die westlichen Staatsmänner und führten dazu, dass Estland auf dem Luxemburger Gipfeltreffen im Dezember 1997 bereits in die erste Runde der Beitrittsverhandlungen für die EU-Osterweiterung aufgenommen wurde. So konnten im Frühjahr 1998 die Verhandlungen zwischen der EU und Estland offiziell eröffnet und nach einem reibungsvollen, aber planmäßigen Verlauf im Dezember 2002 auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen beendet werden. Nach Einschätzung der EU-Fortschrittsberichte erfüllt Estland alle Kriterien für den Beitritt und ist ein demokratischer Staat mit institutioneller Stabilität und funktionsfähiger Marktwirtschaft. Folglich konnte der EU-Vertrag im April dieses Jahres in Athen unterzeichnet werden.

Nun muss noch das estnische Volk in einem Referendum am 14. September über den Beitritt seines Landes zur EU entscheiden. Noch gibt es viele Zweifler und einige Unentschlossene. Sie fragen, ob denn die Zugehörigkeit ihres kleinen Landes zu einer Großformation nicht wieder zu neuen Abhängigkeiten und bürokratischen Hemmnissen führt. „Die Bürokraten in Brüssel werden uns nichts Gutes bringen“, das ist ein Argument, das bei den Skeptikern häufig zu hören ist, auch wenn die politische Elite sich einhellig für den Beitritt ausspricht. Nach den jüngsten Umfragen eines Meinungsforschungsinstitutes vom April dieses Jahres sind mehr als vierzig Prozent der estnischen Bevölkerung gegen den Beitritt. Das ist ein hoher Wert. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Argumente der Beitrittsbefürworter bis zum Referendumstermin noch stärker Gehör verschaffen können.

### Lettland und Litauen

Die Anträge Lettlands und Litauens auf Mitgliedschaft in der EU stammen aus dem Jahr 1995. Beide Länder wurden aber

*Der für die Erweiterung der Europäischen Union zuständige EU-Kommissar Günter Verheugen wird am 31. März 2000 in Tallinn von dem Präsidenten Estlands, Lennart Meri (l.), begrüßt.*

© dpa, Fotograf: Aivar Parte



zunächst noch nicht zu Verhandlungen eingeladen. Zum einen waren ihre wirtschaftlichen Reformen noch nicht so weit fortgeschritten, und zum anderen gab es bei der EU die politische Überlegung, zunächst nur mit einem baltischen Land – stellvertretend für alle drei – Verhandlungen zu führen. Immerhin ging es um Länder, die unmittelbar zum Staatsterritorium der UdSSR gehörten, auch wenn deren Annexion unrechtmäßig war. So wurden die Letten und Litauer erst zwei Jahre später, das heißt 1999, zu Beitrittsverhandlungen eingeladen. Mit beiden Ländern gab es dann rasante Fortschritte auf fast allen Gebieten, sodass sie zusammen mit Estland den Beitrittsprozess beenden und auf dem Gipfel in Athen im April dieses Jahres den EU-Vertrag unterzeichnen konnten.

Das litauische Volk hat bereits in einem Referendum am 10./11. Mai dieses Jahres mit unerwartet großer Mehrheit für den EU-Beitritt gestimmt: 63,3 Prozent der zirka 2,7 Millionen Wahlberechtigten nahmen an der Wahl teil. Davon stimm-

ten über neunzig Prozent für den Beitritt ihres Landes zur EU. Dieses eindeutige Votum gibt nicht nur den litauischen Politikern eine klare Richtung für die europäische Integration, sondern setzt auch ein Zeichen für die Nachbarvölker, die in diesem Jahr noch ihre Entscheidung für oder gegen Europa zu treffen haben.

Die Letten werden am 20. September abstimmen. Dort gibt es, ähnlich wie in Estland, eine größere Zahl von Beitrittsgegnern, die sich von einer Mitgliedschaft in der Gemeinschaft keine Vorteile versprechen. In den gegenwärtigen Umfragen sind nur knapp über die Hälfte der Bevölkerung für den Beitritt. Die Regierung hat mittlerweile eine Informationskampagne eingeleitet, die sich insbesondere an die ältere Generation und die ländliche Bevölkerung richtet, beides Gruppen, die dem Beitritt reserviert gegenüberstehen.

### **Besondere Herausforderungen**

Nach der neuesten Studie des Weltwirtschaftsforums, in der jährlich achtzig Län-

*Ausgewählte Wirtschaftsdaten für Estland, Lettland und Litauen 2002*

Quellen: OECD, Lettische Zentralbank, Litauische Statistikagentur, Eurostat, Polnisches Statistikamt, entnommen aus einer Studie der Handelskammer Hamburg

	Bevölkerung 2002 in Mio.	BIP 2002 Mrd. US \$	Wirtschafts- wachstum 2002 in %	BIP pro Kopf 2002 in Kaufkraft- standards (EU-15 = 100)	Inflationsrate 2002 in %
Estland	1,37	6,0	5,6	44,6	3,6
Lettland	2,40	8,0	5,7	32,2	2,0
Litauen	3,70	14,0	5,9	38,1	0,4
<i>Zum Vergleich:</i>					
Polen	36,60	185,0	1,3	37,2	1,9
Schweden	8,86	239,3	1,7	101,7	2,0

der auf Grund ihres Wirtschaftswachstums, ihrer Innovationsfähigkeit und weiterer wirtschaftlicher Schlüsselkriterien in eine Rangfolge eingeordnet werden, nehmen die baltischen Länder unterschiedliche Plätze ein: Estland wird als das erfolgreichste Land unter den EU-Beitrittskandidaten auf Platz 26 eingestuft. Litauen liegt auf Platz 36 und Lettland auf Platz 44.

Die Volkswirtschaften in den baltischen Ländern warten mit erstaunlichen Wachstumsraten auf. Sie lagen im vergangenen Jahr, trotz der schwierigen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, zwischen fünf und sechs Prozent und damit recht hoch im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften im Westen, aber auch im Vergleich zu anderen Beitrittsländern wie zum Beispiel Polen.

Auch für dieses Jahr wird mit einem robusten Wirtschaftswachstum gerechnet. Dies erklärt sich zu einem großen Teil durch die hohen ausländischen Direktinvestitionen, die insbesondere aus den skandinavischen Ländern – allen voran Schweden – kommen. Niedrige Arbeitskosten locken das Auslandskapital in die

baltischen Länder. Gleichzeitig gelingt es den Ländern aber auch, die Währungen stabil, die Inflationsraten unter Kontrolle und die Staatshaushalte ausgeglichen zu halten.

Allerdings hat sich der wachsende Wohlstand noch nicht durchschlagend für alle Bevölkerungskreise positiv ausgewirkt. Während in den Hauptstädten Tallinn, Riga und Vilnius sowie in wichtigen Zentren neue Jobs entstehen, das Wachstum erkennbar und spürbar wird, ist die Armut in den kleineren Orten und im ländlichen Bereich insbesondere in Lettland und Litauen noch immer sehr groß.

Die Entwicklung der ländlichen und strukturschwachen Regionen gehört deshalb zu den großen Zukunftsaufgaben in den baltischen Ländern. Die Restrukturierung der Landwirtschaft und die Hinterlassenschaften industrieller Großkombinate sowjetischen Typs haben Wunden hinterlassen, die nicht geheilt werden konnten. Es bedarf noch enormer Anstrengungen, um die Kluft zwischen den verarmten peripheren Regionen und den prosperierenden Zentren zu überwinden.

Eine besondere Problemgruppe bildet zudem die ältere Generation, die mit sehr niedrigen Rentenzahlungen auskommen muss. In Zukunft wird es darauf ankommen, auch diese „Verlierer-Generation“ an dem langsam wachsenden Wohlstand angemessen teilhaben zu lassen.

In allen drei Ländern liegt die Arbeitslosenquote über zehn Prozent, wobei die Arbeitslosen vor allem in den eher ländlich strukturierten Regionen zu finden sind.

### Kernkraftwerk Ignalina und die Energieversorgung

Das in den achtziger Jahren errichtete Kernkraftwerk Ignalina in Litauen ist baugleich mit dem Tschernobyl-Typ. Aus diesem Grund hat die EU während der Beitrittsverhandlungen darauf bestanden, das Kraftwerk stillzulegen. Litauen fließen dafür Ausgleichszahlungen in Höhe von 219 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt zu. Bis zum Jahr 2005 wird der erste der beiden Reaktorblöcke abgeschaltet. Im Jahr 2009 soll die endgültige Stilllegung erfolgen. Da das Kernkraftwerk zirka 75 Prozent der in Litauen verbrauchten Elektrizität erzeugt, entsteht schon sehr bald eine Versorgungslücke, die geschlossen werden muss. Inzwischen gibt es erste Überlegungen, die auch vom litauischen Präsidenten Rolandas Paksas unterstützt werden, das alte Kraftwerk durch ein modernes Nuklearkraftwerk zu ersetzen. Erste Gespräche über diese Idee fanden bereits mit dem französischen Präsidenten Chirac statt, der französische Unterstützung für ein solches Vorhaben signalisierte. Auch in Estland und Lettland fand die Idee Befürworter, weil sich dadurch der steigende Energiebedarf in diesen Ländern zum Teil decken ließe. Allerdings weisen Experten darauf hin, dass die Kosten für das Projekt extrem hoch wären und von Litauen alleine nicht aufgebracht werden könnten. Zudem sei es vom Zeitablauf

noch nicht nötig, mit Machbarkeitsstudien zu beginnen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass die litauische Idee für den Bau eines neuen Kernkraftwerkes der europäischen Diskussion um diesen Energieträger neue Impulse gibt.

Bei der Gas- und Erdöllieferung sind alle drei Länder fast vollständig auf russische Lieferungen angewiesen. Zwar gibt es Überlegungen, Gas aus Norwegen mittels einer „Baltic Pipe“ durch die Ostsee in die Länder zu transportieren, aber die dazu notwendigen Investitionen sind möglicherweise nicht rentabel genug, um den Plan zu verwirklichen. Mittlerweile bemühen sich die baltischen Staaten daher, durch die Einbindung russischer Investoren und langfristige Verträge dauerhafte und sichere Energielieferungen aus Russland zu gewährleisten. Bei der Privatisierung der Öl- und Gasversorger sind die großen russischen Unternehmen Gasprom und Jukos Miteigentümer, teilweise sogar Haupteigentümer geworden.

Das Ziel einer Diversifizierung von Energiegewinnung und -lieferung lässt sich in den baltischen Ländern nur sehr schwer umsetzen. Da die Länder kaum über eigene Ressourcen verfügen und der Transport aus anderen Regionen zu kostspielig ist, werden die Abhängigkeiten zu Russland in diesem sensiblen Bereich auch in Zukunft sehr groß sein.

### Minderheitenfrage

Noch immer leben in Estland und Lettland große Gruppen Russisch sprechender Bevölkerungsanteile (in Estland zirka 32 Prozent und in Lettland vierzig Prozent; in Litauen liegt der Anteil der Russisch sprechenden Bevölkerungsgruppe bei zirka 8,5 Prozent). Die Russisch sprechenden Minderheiten stammen vielfach aus Familien, die während der sowjetischen Besatzungszeit dort angesiedelt wurden, um jedwedes Bestreben nach estnischer oder lettischer Selbstständigkeit im Keim zu ersticken. Es handelte sich dabei um Ein-

wanderer, die zumeist keiner nationalen Identität mehr zugeordnet waren, sondern als *Sowjetbürger* umgesiedelt wurden. Als die Sowjetunion sich auflöste, besaßen viele keine Staatsbürgerschaft und waren folglich staatenlos.

Estland und Lettland mussten nach ihrer Unabhängigkeit einen Weg finden, diese großen Bevölkerungsgruppen, die ja in der Sowjetzeit oftmals zu den privilegierten Schichten gehört hatten, auf möglichst friedlichem und konfliktfreiem Weg zu integrieren. In beiden Ländern wurden Integrations- und Sprachgesetze verabschiedet, die allerdings die Hürden zur Einbürgerung hoch ansetzten. Auf Grund von Ermahnungen der EU und anderer internationaler Organisationen wurden die Bestimmungen mittlerweile gelockert. Die Zahl der Einbürgerungen stieg deutlich an. So erhalten in Lettland Kinder von Staatenlosen, die nach 1991 geboren wurden, automatisch die Staatsbürgerschaft. Für Estland stellte der ehemalige Ministerpräsident Laar fest: „Die Einsicht, dass Estland nichts anderes erwartete als den Willen zum Zusammenleben, als das Erlernen der estnischen Sprache und den Anschluss ans estnische Leben, löste die Spannungen. Niemand wollte die nationale Identität oder Sprache anderer zerstören. Im Gegenteil, die Pflege nationaler Eigenarten wurde allseitig unterstützt. Besonders klar zeigt sich eine Annäherung der Einstellungen bei der jüngeren Generation.“

Ein Indiz für Fortschritte auf dem Weg zur Eingliederung waren die Ergebnisse der letzten Kommunal- und Parlamentswahlen in Estland. In beiden Wahlen wurde erkennbar, dass auch die russischen Minderheiten (bei den Kommunalwahlen haben auch die Nichtstaatsangehörigen das Wahlrecht) nicht mehr überwiegend russische Interessenvertreter, sondern zunehmend gesamtethnische Parteien wählen.

Trotz der Fortschritte und Erleichterungen kommt es aber immer wieder zu

Konflikten. Ein jüngstes Beispiel ist die Auseinandersetzung in Lettland um die Pläne, vom September des kommenden Jahres an in zirka 150 Schulen, in denen die Unterrichtssprache heute überwiegend Russisch ist, in den höheren Klassen den Anteil des Unterrichtes in lettischer Sprache auf bis zu sechzig Prozent aller Unterrichtsstunden anzuheben. Ziel der Reform ist nach dem Willen der Regierung, den Russisch sprechenden Schülern durch bessere Lettischkenntnisse größere Chancen für Universitätsstudien und Berufslaufbahnen einzuräumen. Gegen diese Pläne gibt es Protest sowohl von der Russisch sprechenden Minderheit in Lettland, die eine Qualitätseinbuße des Unterrichtes und eine Einschränkung ihrer kulturellen Identität befürchtet, als auch von der russischen Regierung, die darin eine Diskriminierung der russischen Minderheit sieht. Die lettische Seite betont hingegen, dass es nicht um eine Diskriminierung oder Benachteiligung der russischsprachigen Bevölkerung ginge, sondern genau das Gegenteil beabsichtigt sei. Zudem stellte die Regierung klar, dass sich die beabsichtigte 60/40-Reform bilingualen Unterrichtes in Einklang mit internationalen Standards und der EU-Konvention zum Schutz nationaler Minderheiten befindet.

Die Integration der großen russischen Minderheiten unter Wahrung ihrer kulturellen Identität bleibt trotz beachtlicher Fortschritte auch in Zukunft eine schwierige Aufgabe für Lettland und Estland. Sie ist auch deswegen von einer besonderen Brisanz, weil Russland Veränderungen in der Sprachenpolitik, die nicht im Sinne der Förderung der russischen Sprache entschieden werden, häufig zum Anlass nimmt, Druck gegen Estland und Lettland aufzubauen.

## Kaliningrad

Mit dem Beitritt Litauens und Polens zur EU tritt auch die Frage nach der Zu-

kunft der russischen Exklave Kaliningrad wieder verstärkt in den Vordergrund. Das Gebiet des ehemaligen nördlichen Teiles von Ostpreußen wird von insgesamt 950 000 russischen Staatsbürgern bewohnt. Etwa die Hälfte davon wohnt in der Gebietshauptstadt, dem ehemaligen Königsberg. Das Gebiet grenzt an Polen und Litauen sowie im Norden an die Ostsee. Das zirka 400 Kilometer weit entfernte Kernland Russland ist nur über die Ostsee oder auf dem Landweg über litauisches Territorium zu erreichen.

Im Vorfeld des EU-Beitrittes konnte für den Transitverkehr durch Litauen in das russische Kernland eine Kompromisslösung zwischen der EU und Russland gefunden und verabschiedet werden. Sie sieht vereinfachte Visumverfahren für alle Verkehrswege zwischen dem Gebiet Kaliningrad und dem russischen Kernland vor. Die Visa können russische Bürger bei den litauischen Konsulaten kurzfristig beantragen. Litauen erhält auf elektronischem Weg alle Visumdaten und wird dadurch in die Lage versetzt, die Transitreisen über sein Territorium zu kontrollieren.

Mit diesem Kompromiss ist aber nur ein geringer Teil des Problems gelöst, denn noch ist völlig unklar, in welche Richtung sich die russische Exklave, umgeben von EU-Grenzen, in Zukunft entwickeln wird. Die gegenwärtige soziale und wirtschaftliche Situation ist äußerst problematisch. Das Durchschnittseinkommen liegt vier- bis fünfmal niedriger als in Litauen. Mehr als dreißig Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Die Kriminalität ist erschreckend hoch, die Umweltschäden dramatisch und die wirtschaftliche Produktion rückläufig.

Für die russische Exklave Kaliningrad muss, insbesondere auch im Interesse Litauens, Polens und der anderen beiden baltischen Staaten, ein zukunftswei-

sendes Konzept gefunden werden. Anderenfalls würde in unmittelbarer Nachbarschaft dieser Länder eine eitrige Wunde bleiben, von der aus wirtschaftliche und soziale Destabilisierung auch auf die umgebenden Länder übergreifen könnte.

„Weder lässt sich das Problem Kaliningrad aussitzen – angesichts des geopolitischen Wandels würde dies die Probleme eher verschärfen –, noch können sich die EU und Russland mit dem Argument heraushalten, es sei Sache des jeweils anderen, den Knoten Kaliningrad zu lösen“ (Heinz Timmermann), heißt es in einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik zu dem Problembereich dieser Region. Es sei, so die Studie, zunächst Aufgabe der russischen Führung, nicht der EU, ein Gesamtkonzept für Kaliningrad zu erarbeiten, das dann mit EU-Programmen zu verzahnen wäre. Durch internationale Abkommen und Übereinkommen zwischen der EU und Moskau müssten die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um das Gebiet zu einer attraktiven Zone für ausländische Investitionen zu machen. Dazu seien die Sicherung der Energieversorgung, der Ausbau der Infrastruktur und massive Anstrengungen zum Schutz der Umwelt dringend notwendig. Weiter sollte die EU in Zusammenarbeit mit den unmittelbar betroffenen Ländern Litauen und Polen Sonderregelungen und Förderinstrumente für grenzüberschreitende Kooperationen erarbeiten. Dies sei notwendig, um der Gefahr entgegenzuwirken, dass die ohnehin strukturschwachen Regionen in eine vollkommen periphere Grenzlage gedrängt und dadurch zusätzlich belastet würden.

Die Frage der Zukunft von Kaliningrad wird zuallererst Litauen, aber auch die anderen Ostseeanrainerstaaten noch intensiv beschäftigen. Die entscheidenden Weichenstellungen für eine Verbesserung der

Lage können aber nur von Moskau und Brüssel vorangetrieben werden.

## Die zukünftige Rolle in der EU

Vorausgesetzt das estnische und das lettische Volk stimmen bei den Referenden im September dem EU-Beitritt ihrer Länder zu, dann werden Estland, Lettland und Litauen mit insgesamt zirka 7,5 Millionen Einwohnern im Mai 2004 der Europäischen Union angehören. Im europäischen Parlament werden sie mit 26 Abgeordneten vertreten sein.

Obwohl es sich um vergleichsweise kleine Länder handelt, werden sie doch eine nicht unbedeutende Rolle für die weitere Entwicklung der EU spielen.

Alle drei Staaten liefern als Ostseeanrainer dieser Region neue Ideen, Impulse und wirtschaftliche Dynamik. Die Wachstumsraten ihrer Volkswirtschaften sind schon jetzt ein Indikator dafür.

Genauso bedeutsam wird ihr Beitrag bei der Ausgestaltung des weiteren Verhältnisses zu Russland, Weißrussland und der Ukraine sein. Hierzu werden die baltischen Staaten ihre Erfahrungen und Kontakte einbringen. Die Präsidentin Lettlands, Vaira Vike-Freiberga, machte während des EU-Gipfels in Athen bereits deutlich, dass Lettland beim Dialog mit Russland eine wichtige Rolle übernehmen werde. Es sei nicht beabsichtigt, die neuen EU-Außengrenzen zu Barrieren für wirtschaftliche Entwicklung und De-

mokratisierung werden zu lassen. Wichtig sei vielmehr, dass sich der Dialog zwischen der EU und den angrenzenden Ländern im Osten intensiv entwickle. Es gehe darum, einen „Ring von Freunden“ um die EU herum zu bilden. Ähnlich äußerten sich führende Politiker der anderen beiden baltischen Länder.

Voraussetzung für diesen Dialog über die neuen EU-Außengrenzen hinweg wird aber sein, dass die Beziehungen Russlands zu den baltischen Ländern auf eine Basis des Vertrauens und der gegenseitigen Respektierung gestellt werden. Solange vom mächtigen Nachbarn noch bedrohliche Signale ausgehen, wird der Spielraum für eine enge Zusammenarbeit über die EU-Außengrenzen hinweg gering bleiben.

Im EU-Binnenverhältnis werden die drei Staaten sich stark an die Gruppe der kleinen Länder anlehnen. Sie werden auf Grund ihres gemeinsamen historischen Schicksales und ihres gemeinsamen Weges in den Westen auch weiterhin eng zusammenarbeiten, aber keineswegs immer als ein Block auftreten. Schon jetzt zeigt sich, dass die Entwicklungsgeschwindigkeiten und die Interessenlagen unterschiedlich sind. Es ist davon auszugehen, dass sie sich im EU-Binnenverhältnis jeweils eigene Partner suchen. Deshalb wird es notwendig sein, die drei baltischen Staaten in Zukunft sowohl als eine Gruppe als auch jedes Land einzeln zu betrachten.

### Zwischen Westen und Weißrussland

*„Im Hinblick auf den Schock eines erweiterten, härteren Marktes [...] sind die Polen ganz wie die Deutschen: Auch ihnen liegt viel an Sicherheit, und sie rufen schnell nach dem Sozialstaat. Aber was wäre denn die Alternative zur Integration in Europa? Wir können entweder auf den Westen zugehen – oder auf Weißrussland. Gerhard Schröder ist weiß Gott nicht der Held meiner Träume. Aber der Despot Alexander Lukaschenko ist der Held meiner Albträume.“*

Adam Michnik, Chefredakteur der *Gazeta Wyborcza* (Warschau), am 28. Mai 2003 in *Die Zeit*.